



Informationen für Bewerber (m/w/d) (Art. 13, 14 DSGVO)

Die WPK verarbeitet für die Durchführung des Stellenbesetzungsverfahrens personenbezogene Daten von Bewerbern (m/w/d). Zu diesen Daten gehören die von den Bewerbern (m/w/d) selbst per Post oder E-Mail an die WPK übermittelten Daten, nämlich Personendaten (z.B. Name, Vorname, Adresse, Geburtsdatum) und Bewerbungsdaten (z.B. Anschreiben, Lebenslauf, Zeugnisse und sonstige Nachweise, Foto) sowie weitere Angaben, die sich ggf. aus durchgeführten Bewerbungsgesprächen oder Korrespondenz mit den Bewerbern (m/w/d) ergeben.

1. Verantwortliche Stelle im Sinne von Art. 4 Nr. 7 DSGVO

Wirtschaftsprüferkammer (WPK)
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Rauchstraße 26
10787 Berlin

Telefon + 49 30 726161-0
Telefax + 49 30 726161-212
E-Mail kontakt@wpk.de

Geschäftsführung:
Dipl.-Kfm. Dr. Reiner J. Veidt – Geschäftsführer
RA (Syndikusrechtsanwalt) Dr. Eberhard Richter – Geschäftsführer

2. Datenschutzbeauftragter der WPK

Den betrieblichen Datenschutzbeauftragten der WPK, Herrn RA David Thorn, erreichen Sie unter david.thorn@wpk.de

3. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Daten werden von der WPK verarbeitet, soweit dies erforderlich ist, um eine Bewerbung rechtskonform zu bearbeiten. Die Bewerbung stellt ein Angebot des Bewerbers (m/w/d) an die WPK auf Abschluss eines Anstellungsvertrags dar. Die in diesem Rahmen zur Verfügung gestellten Daten dürfen von der WPK verarbeitet werden, soweit dies für die Entscheidung über die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses erforderlich ist (Art. 88 DSGVO i.V.m. § 26 Abs. 1 Satz 1, Abs. 8 Satz 2 BDSG).

Die Weitergabe dieser Daten an die Einrichtungen der Personalvertretung der WPK (siehe dazu unter 4.) ist für die Wahrung gesetzlicher Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte erforderlich (§§ 75 Abs. 1 Nr. 1 BPersVG, 27 Abs. 1 b) BGleGG, 95 Abs. 2 SGB IX).

4. Empfänger der Daten

Personenbezogene Daten von Bewerbern (m/w/d) werden durch die Abteilung Personal/Recht verarbeitet und von dieser an die Geschäftsführung sowie die Leitung der Abteilung, des Referats oder der Landesgeschäftsstelle der WPK weiter gegeben, in der die Einstellung erfolgen soll. Zu einem späteren Zeitpunkt des Stellenbesetzungsverfahrens werden die Daten – teils in aggregierter, tabellarischer Form – an den Personalrat und die Gleichstellungsbeauftragte sowie – bei schwerbehinderten Bewerbern (m/w/d) – an die Schwerbehindertenvertretung der WPK weiter gegeben.

Eine Weitergabe der Daten an Stellen außerhalb der WPK, insbesondere an ein Drittland oder eine internationale Organisation, findet nicht statt. Es kann allerdings in Einzelfällen zu einem Zugriff von Vertragspartnern der WPK (z.B. Auftragsverarbeitern im Sinne von Art. 28 DSGVO), die für Betrieb und Wartung von IT-Netzwerken oder eingesetzter Hardware und Software zuständig sind, auf diese Daten kommen.

5. Speicherdauer

Personenbezogene Daten von Bewerbern (m/w/d) werden 6 Monate nach Abschluss des Stellenbesetzungsverfahrens gelöscht. Diese Frist berücksichtigt §§ 61b Abs. 1 ArbGG, 15 AGG inklusive der möglicher Weise zusätzlich einzuplanenden Zeit für die Zustellung von Klageschriften, Entscheidung über Wiedereinsetzungsanträge usw. Per Post übersandte Bewerbungsunterlagen werden nach Fristablauf unaufgefordert zurückgesandt.

6. Betroffenenrechte

Als von der Datenverarbeitung durch die WPK betroffene Personen stehen Bewerbern (m/w/d) folgende Rechte gegenüber der WPK zu:

- Auskunftsrecht (Art. 15 DSGVO, § 34 BDSG)
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung bzw. Recht auf Sperrung (Art. 17 DSGVO, § 35 Abs. 1 und 3 BDSG)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO, § 35 Abs. 2 BDSG)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
- Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO, § 36 BDSG). Im Falle eines Widerspruchs stellt die WPK die Datenverarbeitung unverzüglich ein, sofern nicht die Wahrnehmung berechtigter Interessen im Sinne von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 f) DSGVO vorliegt. Sofern das Stellenbesetzungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist, scheidet nach Widerspruch eine weitere Teilnahme aus.

7. Beschwerderecht

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten durch die WPK gegen die DSGVO verstößt, steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde zu.

Zuständig für die Datenschutzaufsicht über die WPK ist die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Husarenstr. 30, 53117 Bonn.

Zuständig für die allgemeine Rechtsaufsicht über die WPK ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Scharnhorststr. 34 -37, 10115 Berlin.

Die Aufsichtsbehörde unterrichtet Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs (Art. 78 DSGVO).

8. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Es besteht keine Pflicht zur Bereitstellung der Daten. Im Falle der Nicht-Bereitstellung ist eine Teilnahme am Stellenbesetzungsverfahren jedoch nicht möglich.

9. Automatisierte Entscheidungsfindung/Profiling

Eine automatisierte Entscheidungsfindung inkl. Profiling (Art. 22 Abs. 1, Abs. 4 DSGVO) findet im Rahmen von Stellenbesetzungsverfahren der WPK nicht statt.